



Europaparlament entscheidet am Dienstag über Biosprit

Europaparlament entscheidet am Dienstag über Biosprit
Oxfam: CDU-Europaabgeordnete blockieren Biospritreform zu Lasten Hungernder
Nächsten
Dienstag entscheidet der Umweltausschuss des Europaparlaments in zweiter Lesung über die europäische Biospritpolitik. Eine Gruppe von CDU-Abgeordneten, darunter Birgit Collin-Langen und Werner Langen, verweigern jedoch einen Kompromiss, der die dringend notwendige Biospritreform endlich auf den Weg bringen würde. "Mit ihrer verantwortungslosen Blockadehaltung verschärft die CDU den Hunger in der Welt", kritisiert Oxfams Agrarexpertin Marita Wiggerthale. Bereits heute hungerten mehr als 800 Millionen Menschen. Die Christdemokraten dürften das Recht auf Nahrung und den Klimaschutz nicht zugunsten der Biospritindustrie opfern.
Trotz Hunger: CDU will Verdopplung von Bioethanolverbrauch
Birgit Collin-Langen und Werner Langen haben vorgeschlagen, dass für Biosprit aus Nahrungsmitteln eine Obergrenze von 6,5 Prozent am Gesamtenergieverbrauch im Verkehrssektor gelten sollte. Die Folge: Der Biospritverbrauch würde steigen und noch mehr Nahrungsmittel aus Entwicklungsländern für Biosprit verwendet werden.
Ebenso wollen die CDU-Abgeordneten eine neue Quote für die Beimischung von Bioethanol in Benzin: Jeder Mitgliedstaat solle dafür sorgen, dass sein Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen bei Ottokraftstoffen im Jahr 2020 mindestens 7,5 Prozent seines Endenergieverbrauchs an Ottokraftstoffen entspricht. Damit würde sich der Verbrauch von Bioethanol in Europa mehr als verdoppeln und europaweit mehr E10 eingesetzt werden. "Die CDU lässt Geld in die Kassen der Bioethanolindustrie sprudeln und nimmt billigend in Kauf, dass mehr Menschen hungern", kritisiert Wiggerthale. Der Kampf um Anbauflächen für Energiepflanzen oder Nahrungspflanzen schüre das Risiko für Landkonflikte wie auch für extreme Preissteigerungen und Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln.
Oxfam fordert daher insbesondere den CDU-Abgeordneten und Koordinator der Europäischen Volkspartei (EPP) im Umweltausschuss, Peter Liese auf, Biosprit zu begrenzen. Er müsse einen ausgewogenen Kompromiss unterstützen, der die europäische Biospritpolitik auf die richtige Bahn bringt.
Hintergrund
Die EU-Kommission hatte am 17. Oktober 2012 einen Gesetzesvorschlag für eine Reform der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie und der Kraftstoffqualitätsrichtlinie eingebracht. Das Ziel: konventionelle Biokraftstoffe aus Nahrungsmitteln (1. Generation) mit einem höheren Treibhausgasrisiko (Stichwort: indirekte Landnutzungsänderungen, ILUC) zu begrenzen, um die Klimabilanz zu verbessern. Sie schlug eine Begrenzung von konventionellen Biokraftstoffen auf fünf Prozent am Gesamtenergieverbrauch im Verkehrssektor vor, während das vorherige Europaparlament einen Anteil von sechs Prozent und der Europäische Rat einen Anteil von sieben Prozent beschlossen.
Am Dienstag entscheidet der federführende Umweltausschuss in zweiter Lesung über die Eckdaten der Biosprit-Reform und über eine Mandatierung des Berichterstatters für Verhandlungen mit dem Europäischen Rat und der Europäischen Kommission. Ohne eine Positionierung des Umweltausschuss gehen die Verhandlungen mit dem Europäischen Rat nicht voran. Das Dossier würde ans Plenum verwiesen werden, was einen erfolgreichen Abschluss der Biospritreform unwahrscheinlicher macht.
Was fordert Oxfam?
Oxfam setzt sich für eine Reform der Erneuerbaren Energierichtlinie von 2009 ein und fordert:
eine Abschaffung des 10-Prozent-Ziels für Erneuerbare Energien im Transportbereich und ein Ende jeglicher Förderung solchen Biosprits, der mit Nahrungsmitteln, Land und Wasser konkurriert.
eine Einbeziehung aller Treibhausgasemissionen in die Emissionsberechnung, einschließlich der Emissionen durch indirekte Landnutzungsänderungen.
eine Einführung von verbindlichen Sozialkriterien für die Biospritproduktion, die die Ernährungssicherheit, den Zugang zu Land und Wasser, Menschenrechte und das Prinzip der freien, rechtzeitigen und informierten Zustimmung von betroffenen Gemeinden umfasst.
Pressekontakt
Adréana Peitsch
Arbeitsrechte CSR, Handel, Oxfam Aktuell, Welternährung
030-45 30 69 711
apeitsch@oxfam.de

Pressekontakt

Oxfam Deutschland e.V.

10179 Berlin

Firmenkontakt

Oxfam Deutschland e.V.

10179 Berlin

Oxfam Deutschland e.V. ist eine unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation. Wir sind davon überzeugt, dass Armut und Ungerechtigkeit vermeidbar sind und überwunden werden können. Unser Ziel ist eine gerechte Welt ohne Armut, in der die Grundrechte jedes Menschen gesichert sind: Das Recht auf nachhaltige Erwerbsgrundlagen, auf funktionierende Gesundheits- und Bildungssysteme, auf ein Leben in Sicherheit, darauf, gehört zu werden und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Im internationalen Oxfam-Verband setzen sich 17 Oxfam-Organisationen mit rund 3.000 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern als Teil einer globalen Bewegung für eine gerechte Welt ohne Armut ein. Der Name Oxfam steht für Oxford Committee for Famine Relief. Es wurde 1942 in Großbritannien als Reaktion auf das Leid der Zivilbevölkerung im von Deutschland besetzten Griechenland gegründet. Unser Ziel ist eine gerechte Welt ohne Armut, in der die Grundrechte jedes Menschen gesichert sind: Das Recht auf nachhaltige Erwerbsgrundlagen, auf funktionierende Gesundheits- und Bildungssysteme, auf ein Leben in Sicherheit, darauf, gehört zu werden und auf freie Entfaltung der Persönlichkeit. Der Umzug in ein für unsere Arbeitsabläufe geeignetes Gebäude Anfang 2013 ist ein wichtiger Meilenstein für Oxfam Deutschland. Eine verbesserte Raumsituation und die Nachbarschaft zu anderen gemeinnützigen Organisationen sind gute Ausgangspunkte, um die anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Den Rahmen für diese Arbeit legt unser Strategischer Plan 2013-2017 fest? eingebettet in die neue strategische Planung von Oxfam International. Die folgenden Themen werden für unsere Arbeit und die Kooperation im Verbund zentral sein: Ausweitung unseres Engagements in der Krisenvorsorge und Nothilfe. Unterstützung von lokalen Initiativen, um Menschen in Not langfristig zu stärken, und von Regierungen, damit sie effektiver auf Krisen reagieren können.....Durchsetzung von mehr und qualitativ hochwertigeren Mitteln für die Entwicklungszusammenarbeit. Unterstützung der Bevölkerung in armen Ländern, um ihre Regierungen und die Geberländer zur Rechenschaftslegung zu bewegen;...Verstärkung der Kooperation mit Organisationen, Bewegungen und Gemeinschaften in Ländern des globalen Südens, um gemeinsam Veränderungen in Politik und

Wirtschaft durchzusetzen;...Beitrag zu einem umfassenden Bewusstseinswandel zum Thema Geschlechtergerechtigkeit durch fortgesetzte besondere Berücksichtigung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen in allen Programmen.Um effizient zu arbeiten, müssen wir unsere Ressourcen optimal nutzen. Zu diesem Zweck setzen wir konsequent Maßnahmen wie die Aufgabenteilung im Verbund oder das zentrale Bereitstellen von Wissen und Studien ein. Die so freiwerdenden Kapazitäten benötigen wir auch zukünftig, wenn wir den Herausforderungen einer sich ständig verändernden Welt gerecht werden wollen.In den kommenden Jahren bleiben Konsolidierung und die Bündelung von Aktivitäten daher wichtige Themen für uns. Eine kurzfristige Verlangsamung unseres Organisations-Wachstums nehmen wir dabei gern in Kauf, da die erzielte Effizienz uns hilft, Ressourcen einzusparen.Um weiterhin überall dort Nothilfe und dauerhafte Unterstützung leisten zu können, wo es notwendig ist, werden wir 2013 neben privaten Spenden und den Erträgen aus den Oxfam-Shops den Ausbau weiterer verlässlicher Finanzierungsmechanismen für unsere Arbeit vorantreiben. Hierzu wollen wir neue Unterstützerinnen und Unterstützer ansprechen und gewinnen sowie mehr Mittel aus öffentlichen Zuwendungen generieren.